

Rat der EKD nahm bei seiner Sitzung Anfang Oktober ansonsten nicht inhaltlich zur Asylthematik Stellung; das Kommunique enthält nur die Bitte an die politisch Verantwortlichen, sich unverzüglich über rechtliche Schritte und Verfahren, insbesondere in der Asylbewerberfrage, zu einigen“. Wenn die Menschen in der Bundesrepublik das Empfinden hätten, daß in dieser Frage die Entwicklung nicht aus dem Ruder laufe, werde eine Beruhigung der Situation eintreten können.

Mit einer Stellungnahme zur Asylproblematik ist auch bei der *EKD-Synode* zu rechnen, die in der ersten Novemberwoche im thüringischen Suhl zu ihrer diesjährigen Tagung zusammenkommt. In der Frage, ob der Artikel 16 Grundgesetz im Zuge einer Neuordnung des Asylverfahrens bzw. der Asylgesetzgebung geändert werden kann oder soll, werden in den evangelischen Leitungsgremien ebenso unterschiedliche Positionen vertreten wie auf katholischer Seite: Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof *Klaus Engelhardt* (Karlsruhe), lehnte in verschiedenen Äußerungen zum Thema aus den letzten Wochen eine Grundgesetzänderung nicht grundsätzlich ab. Die Synode der nordelbischen Kirche sprach sich bei ihrer Tagung Ende September nach heftiger Diskussion dafür aus, alle Bemühungen zur Bewahrung des individuellen Asylrechts nach Artikel 16 GG zu unterstützen.

Mitten in der derzeitigen „heißen Phase“ der politischen wie kirchlichen Asyldebatte in der Bundesrepublik veröffentlichten zwei *vatikanische Institutionen*, der Päpstliche Rat „Cor Unum“ und der Päpstliche Rat für die Seelsorge der Migranten und Menschen unterwegs, eine umfangreiche Erklärung mit dem Titel „Flüchtlinge, eine Herausforderung zur Solidarität“. Der Text holt weit aus und ist weltweit ausgerichtet, geht also nicht auf die konkrete Situation einzelner Länder und ihrer Asyl- bzw. Flüchtlingsgesetzgebung ein. Seine Bedeutung liegt eher darin, daß er an die globale Dimension des Problems erinnert und einige *Grundlinien für den huma-*

nen und christlichen Umgang mit ihm einschärft.

Die katholischen Ortskirchen werden in dem Dokument aufgefordert, „die Forderungen des Evangeliums zu verwirklichen und den Betroffenen in der Zeit ihrer Not und Einsamkeit ohne jeden Unterschied die Hand zu reichen“. Als Formen der kirchlichen Solidarität mit Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden nennt der Text die persönliche Kontaktaufnahme, die Verteidigung der Rechte von Einzelpersonen und Gruppen, unmißverständliche Verurteilung der Ungerechtigkeiten, die dem Flüchtlingselend zugrunde liegen, Aktionen für die „Einführung von Gesetzen, welche den wirkungsvollen Schutz der Flüchtlinge garantieren“, Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen gegen Ausländerfeindlichkeit, die Schaffung von Gruppen ehrenamtlich Engagierter und von Nothilfefonds sowie die Seelsorge. Die Pfarrgemeinden sollten „Angst und Mißtrauen gegenüber Flüchtlingen überwinden und in ihnen das Antlitz des Erlösers sehen können“.

Den eigenständigen Auftrag nicht vergessen

In den Kirchen der Bundesrepublik fehlt es nicht an Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden und Verbänden, die sich im Sinne dieses Katalogs

um Solidarität mit Flüchtlingen und Asylbewerbern bemühen, Sie haben sich in der Diskussion um die Gestaltung des Asylrechts auch immer wieder mit deutlichen Stellungnahmen zu Wort gemeldet und Partei ergriffen. Das gilt etwa für die katholische Friedensbewegung „Pax Christi“, die sich kritisch zur erwähnten Stellungnahme des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz von Anfang September äußerte, oder für den Deutschen Caritasverband.

Die Bischöfe verweisen in ihrer Erklärung zur Flüchtlings- und Asylproblematik von der Herbstvollversammlung darauf, daß es hier um Fragen gehe, bei denen Christen gemäß der bekannten Aussage von „Gaudium et Spes“ (Nr. 84) legitimerweise *unterschiedliche Meinungen* vertreten könnten. Das darf die Kirchen in ihren amtlichen Vertretern und Gremien aber nicht daran hindern, die Vorschläge für eine Veränderung des Asylrechts, die sich derzeit im Prozeß der politischen Diskussion und Kompromißfindung befinden, daraufhin zu prüfen, inwieweit sie mit dem christlichen Grundauftrag zur Solidarität mit Notleidenden vereinbar sind. Die Kirchen sollten sich in der Asyldebatte von niemandem den Mund verbieten lassen und ihren eigenständigen Auftrag nicht vergessen, ohne ihre Kompetenz dabei zu überschreiten. *U. R.*

ZdK: Dialog und Dialogverweigerung

Als das Papier „Dialog statt Dialogverweigerung. Wie in der Kirche miteinander umgehen“ der Kommission 8 „Pastorale Grundfragen“ (Vorsitzender: der Augsburger Theologe *Hanspeter Heinz*) des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) Ende letzten Jahres veröffentlicht wurde, waren Reaktionen zunächst nicht ausgesprochen zahlreich. Dies änderte sich nachhaltig im Laufe des Frühjahrs, spätestens jedoch zum Karlsruher Katholikentag, als deutlich wurde, daß die in diesem Papier angeschnittenen Fragen ein zentrales

Thema dieses Treffens abgeben würden (vgl. HK, August 1992, 372 ff.).

Inzwischen gehört das Papier zu den Veröffentlichungen des Zentralkomitees mit der *höchsten Auflage*: rund 30 000 Exemplare wurden bisher unters Kirchenvolk gebracht und dabei muß es nicht bleiben. Die ursprünglich für die bevorstehende Herbstvollversammlung des ZdKs geplante Aussprache über das Papier wurde auf das kommende Frühjahr verlegt; im November wird es auf der Herbstvollversammlung dazu ledig-

lich einen Bericht einer Mitautorin (*Annette Schavan*) über den *bisherigen Stand der Diskussion* geben. Bis zum Frühjahr 1993 wollen sich noch eine Reihe diözesaner Gremien mit dem Papier befassen, das Interesse an ihm scheint eher noch zu steigen, so daß man jetzt schon gespannt sein darf auf die Behandlung im Mai 1993.

Die Kirche ist ungleichzeitig mit dem Selbstbewußtsein der Menschen

Zentrales Anliegen der Autoren dieses Papiers ist es, Probleme im kirchlichen Miteinander ungeschminkt zu benennen, Dialoge über Themen „anzuzetteln“, über die innerkirchlich gerne der Mantel des Schweigens gebreitet wird. Eine Zuspitzung erfährt dieser Grundtenor des Papiers durch den Hinweis, daß bei der festzustellenden *Behinderung des notwendigen Dialogs* auch „viel Angst im Spiel“ sei, und die wolle man abbauen helfen. Das Besondere der Erklärung besteht weniger darin, daß es grundlegend Neues verkündet, sondern daß es *aus der Mitte des Zentralkomitees der deutschen Katholiken* stammt, des zentralen Gremiums des deutschen Laienkatholizismus, das bisher nicht dafür bekannt war, mit provokativen Äußerungen zu innerkirchlichen Streitfragen in der (kirchlichen) Öffentlichkeit aufzuwarten.

Inhaltlich wie sprachlich setzt sich das Dialog-Papier aus zwei recht unterschiedlichen Teilen zusammen: Unter der Überschrift „Not und Notwendigkeit einer dialogfähigen Kirche“ enthält der Teil A – Hauptautor ist der Bielefelder Soziologe *Franz-Xaver Kaufmann*, der auch Mitglied der Kommission 8 des ZdK ist – eine Analyse des Grundproblems vieler innerkirchlich strittiger Sachfragen des letzten Jahres: des *Verhältnisses der Kirche und ihrer Gläubigen zur säkularen demokratisch-pluralistischen Kultur*. Im Vorwort des Papiers wird dies auf die Formel gebracht: „*Die Kirche in ihrer geschichtlich gewordenen Gestalt ist ungleichzeitig mit dem Selbstbewußtsein heutiger Menschen*“.

Das erste Kapitel besteht aus drei

Schritten: einer Darstellung zentraler Züge der herrschenden pluralistischen Kultur sowie kirchlicher, antimoderner Reaktionen darauf, dem Hinweis auf den *Wandel des kirchlichen Selbstverständnisses* im Zusammenhang mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (Kirche als Volk Gottes, Dialog u. a.) und der Suche nach dem konziliaren Kirchenverständnis angemesseneren *Strukturen*. Das zu überwindende Sozialmodell von Kirche wird näherhin beschrieben mit den vier Stichworten Universalistisches Kirchenbild („Gesamtkirche vor Ortskirche“), Klerikalismus („Amtsträger vor Gemeinden und Charismen“), Zentralismus („Monarchische vor kollegialer Amtsstruktur“), Uniformität („Einheit vor Vielfalt“).

Wenn es gegenwärtig zu allerlei Kommunikationsstörungen in der Kirche komme, so das Papier, gründe dies nicht „im ‚bösen Willen‘ der einen oder anderen Seite . . . – im Gegenteil: Es ist die ständige Überanstrengung des ‚guten Willens‘, ein moralischer Voluntarismus, der durch asketische Kraftakte ersetzen will, was ihm an *vertrauensvoller Wahrnehmung der Wirklichkeit* fehlt“.

Als *zentrales Manko* wird auf die zur Bewerkstelligung des geforderten Wandels nötigen *Strukturen* hingewiesen: Die von Betroffenen oft als verständnislos und hartherzig empfundenen Reaktionen kirchlicher Dienststellen und Amtsträger seien oftmals ganz anders gemeint. Diese gingen von „bestimmten Vorstellungen über kirchliche Solidarität aus. Viele von ihnen wären möglicherweise sogar bereit, einer Änderung der bestehenden Ordnung zuzustimmen, sehen sich aber ‚aus Treue zur Kirche‘ veranlaßt – und hierunter wird dann der Papst und die gegebene institutionelle Ordnung verstanden –, nach dem Buchstaben eben dieser Ordnung zu entscheiden. Hier jedoch gibt es keine Struktur, die es den Gläubigen, selbst den Priestern und Bischöfen gestatten würde, nachdrücklich auf eine Änderung dieser Ordnung hinzuwirken“.

Unter der geforderten „dialogfähigen Kirche“ versteht man im wesentlichen eine Kirche, die *stärker subsidiär*

strukturiert ist und in der man Grundsätze eines *mitmenschlichen Umgangs* miteinander besser beachtet: Mitmenschlicher Umgang setze einen „Vertrauensvorschuß“ voraus, der gegenüber jedem Menschen bis zum Erweis des Mißbrauchs berechtigt sei, außerdem das „Ernstnehmen der anderen“, „sowohl hinsichtlich ihrer Person als auch hinsichtlich ihrer Auffassungen und Sachkompetenzen“. Wichtig sei, daß unter den Beteiligten über die angemessene Form der Aufgabenerledigung gesprochen und entschieden werden könne. Übergeordnete Instanzen sollten nachgeordneten Instanzen *Kompetenzen belassen*, Verantwortung nach klar umrissenen Grundsätzen *delegieren* und Angelegenheiten nur aufgrund vorab festgelegter Kriterien wieder an sich ziehen können.

Klerikalismus, Patriarchat und Zentralismus

Der zweite Teil des Dialogpapiers-Titel: „Sprechversuche – Gehversuche – neues Leben“ ist ein insgesamt weniger homogener, entlang der thematischen Trias *Klerikalismus, Patriarchat und Zentralismus* in drei Teile zerfallender Abschnitt. In diesem Teil herrscht ein weniger analytisch-distanzierter Sprechduktus, z. T. wurden persönliche Stellungnahmen im Wortlaut aufgenommen. Aus den Vorwürfen und Forderungen spricht die unmittelbare und ungeschminkt dargestellte *alltägliche Erfahrung mit unzureichenden innerkirchlichen Kommunikationsstrukturen*. Wenn auch nicht polemisch zu nennen, so erreicht der Text stellenweise doch eine *Schärfe*, die man ansonsten bei ähnlichen Dokumenten vergeblich sucht.

Etwa wenn auf die ungenügende Nutzung der *Sachkompetenz der Laien*, der Getauften und Gefirmten, verwiesen wird: „Die Kompetenz der Laien (wird) nicht genützt, ihr Rat nicht eingeholt . . . Wichtige Entscheidungen erfahren Laien aus der Zeitung, wenn sie schon längst unabänderlich sind, sollen sie dann aber als treue Töchter und Söhne der Kirche nach außen mit vertreten“. Und weiter: „Besonders

frustrierend ist jedes Gespräch mit Amtsträgern, wenn die Beteiligten sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß sich hinter einer zur Schau getragenen Freundlichkeit letztlich Gleichgültigkeit gegenüber den Argumenten verbirgt. In solch scheinbar freundlicher Atmosphäre erscheint Kritik als unangemessene Aggression. Kritisierende geraten in das Licht unchristlichen Handelns“.

Im Abschnitt zur Lage der *Frauen in der Kirche* wird gleichfalls ein wenig diplomatischer Ton angeschlagen. In einer langen, von einer Mitautorin des Papiers verfaßten und wörtlich in den Text aufgenommenen Stellungnahme wird das Phänomen als „strukturelle Sünde der Unterdrückung von Frauen in der Kirche“ beschrieben: „Frauen warten nicht länger, weder in Gesellschaft noch in Kirche. Sie holen Indiskretion und Verletzung, Mißachtung und Enttäuschung, Zurücksetzung und Unfreiheit, die ihnen als Frauen zugemutet worden sind, aus dunklen und gut gehüteten Verstecken... Sie lernen ihre eigene religiöse Biographie kennen und gewinnen Einsicht in die Lebenswege anderer Frauen... Frauen gewinnen – auch in der Kirche – an Selbst- und Verantwortungsbewußtsein, an Autonomie und Solidarität. Sie weigern sich, um einer ungestörten Tradition willen einer geteilten Wirklichkeit für Männer und Frauen zuzustimmen... Frauen beginnen zu erzählen und rufen nach Gerechtigkeit, nach Aussprache über die Schuld des Sexismus, die ihre Brüder und Väter auf sich geladen haben... Frauen rufen nach Gerechtigkeit und Symmetrie in Beziehungen von Männern und Frauen in der Kirche, nach Beseitigung diskriminierender Bibelauslegung, nach Abschaffung ungerechter Rechtssätze und patriarchaler Strukturen“.

Kritisiert wird, daß Frauen in der Kirche in der Regel auch jene *Führungspositionen* nicht offenstünden, die nicht zwingend mit dem Weiheamt verbunden seien. In Entscheidungsgremien wie der Bischofskonferenz seien Frauen *weder mit Gast- noch mit Rederecht* beteiligt. Der *Diakonat der Frau* gehöre weiter auf die Tagesord-

nung und die grundsätzliche Frage nach der *Ordination von Frauen* dürfe nicht länger tabuisiert werden.

Läßt sich mit schlechten Strukturen wirklich gut leben?

Beim Thema *Zentralismus* geht es nicht um das Verhältnis von Rom zu den Ortskirchen (man verzichtete bewußt darauf, dies konkret zu thematisieren), sondern um die Beziehung von *Pfarrgemeinden und Bistumsleitung*. Hier setzt man sich insgesamt für eine „dialogische und kooperative Pastoral“ ein. Initiativen von unten würden auf diözesaner Ebene nicht selten als zusätzliche Arbeit und damit als „Störung“ wahrgenommen. Legitime Formen des Widerspruchs oder auch der Überprüfung obrigkeitlicher Entscheidungen gebe es nicht. So flüchteten sich viele in die „zynische Haltung, daß sich auch in schlechten Strukturen gut leben lasse“. Im Ergebnis führe dies nicht selten zu einer „theologisch fragwürdigen Abkoppelung vom Bischof“. Als Störfaktoren im Verhältnis Bistum – Pfarrgemeinde wird die Größe mancher Diözesen, der Priestermangel sowie die „strukturelle Abhängigkeit der Gemeinden von der Diözese“ genannt.

Angesichts der Deutlichkeit, mit der in diesem Papier bekannte Schwachstellen kirchlichen Lebens aufgespießt werden, fragt man sich unwillkürlich, *wie das Zentralkomitee weiter damit verfahren wird*. Ein Umarbeiten des Papiers als Konsequenz der kommenden Beratungen ist nicht vorgesehen.

Das Dialog-Papier bleibt in dieser Fassung unverändert, unabhängig vom Ausgang der Aussprache. Eine insgesamt und mehrheitlich positive Würdigung durch die Vollversammlung des ZdK würde unweigerlich die Frage nach sich ziehen, wie es in der Sache weitergehen soll. Einfach zur Tagesordnung übergehen wird man jedenfalls nicht können. Die Tatsache, daß zu den Mitgliedern der verantwortlichen Kommission 8 auch Bischof *Walter Kasper* von Rottenburg-Stuttgart gehört, ist tatsächlich nicht ohne Reiz. Bischof Kasper beteiligte sich zwar nicht aktiv an der Erstellung und Beratung des Papiers innerhalb der Kommission. Bis heute sind jedoch auch keine Einwände von seiner Seite gegen den Inhalt bekannt geworden.

Mitglieder der verantwortlichen Kommission betonen immer wieder, daß es ihnen letztlich *nicht auf das Papier als solches* ankomme, sondern auf den Versuch, mit seiner Hilfe über die angeschnittenen Themen ins Gespräch zu kommen. In der weiteren Behandlung kommt es nicht in erster Linie auf eine Exegese einzelner Formulierungen und inhaltlicher Details dieses Papiers an, dazu wäre es vermutlich das *ungeeignete Objekt*. Im Kern müßte es darum gehen, sich der Diagnose von der problematischen „Ungleichzeitigkeit“ der Kirche gegenüber dem modernen Menschen und der modernen Kultur eingehender zu stellen und ggf. Konsequenzen daraus zu ziehen. Letzteres ginge allerdings über Kompetenz und Möglichkeiten des Zentralkomitees weit hinaus. K. N.

Italien: Wege aus der Krise, Mahnungen der Bischöfe

Es ist wohl kaum übertrieben, wenn festgestellt wird, Italien durchlebe zur Zeit eine der schwierigsten Perioden seit der Nachkriegszeit. Italien ist seit je das Land mit den schleichenden Krisen, den aufgeschobenen Lösungen, den fehlenden Alternativen. Aber sei-

ne Bevölkerung hat mit Krisenzuständen immer zu leben verstanden und sich wiederholende konjunkturelle Aufschwünge und kleine Wirtschaftswunder haben über die politischen und finanzwirtschaftlichen Untiefen immer wieder hinweggeholfen. Das